

Antrag ein durchschlagender Beweis. Zweierlei Recht soll nach diesem Antrage künftig gelten: eines für die Litauer, Masuren und Wenden, die in Preußen fast ausnahmslos protestantisch sind, und ein anderes für die katholischen Polen und die noch französisch sprechenden Elsass-Lothringer. Materiell muß man ja mit den Anträgen durchaus einverstanden sein, weil es ein Unikum ist, deutschen Reichsangehörigen verbieten zu wollen, daß sie sich der gewohnten Sprache in Versammlungen bedienen. Aber warum und mit welchem Rechte will man das, was man Protestanten gewährt, den katholischen Polen vorenthalten? Die protestantischen Masuren z. B. sind, worauf die „Völn. Volkszeitung“ hinweist, ebenso gut polnischen Stammes wie die Masuren und die Polen in Polen und Oberschlesien; sogar eine „großpolnische“ Agitation soll es unter den Masuren geben, wenn wir den ostmärkischen Wächtern für die Sicherheit des preussischen Staates glauben sollen. Zwischen Polen und Masuren ist also kein Unterschied zu machen. Soll nun etwa ein Unterschied in der rechtlichen Behandlung durch den Staat gemacht werden? Daß übrigens die Väter des Reichsvereinsgesetzes so bald schon sich gezwungen sehen würden, „Schönheitsfehler“ ihres Erzeugnisses auf dem Wege der Landesgesetzgebung zu verbessern, hätte man doch nicht glauben sollen.

**Von der Insel Helgoland.** Der preussische Staatshaushalt enthält eine Forderung von 1 636 000 Mark für den Bau einer neuen Schutzmauer an der Südwestseite der Insel Helgoland. Der Bauteil wird folgendermaßen begründet: „Die Felseninsel Helgoland bröckelt auf der ganzen Südwestseite fortgesetzt stark ab, so daß auf einzelnen Stellen außer den militärischen Befestigungen auch die vorhandenen preussischen fiskalischen Anlagen und bei weitem Fortschreiten des Abbruchs der Bestand der Insel gefährdet werde. Große Felsmassen sind im letzten Jahre auf der Strecke von der Südspitze bis zu der 1908 preussischerseits errichteten Mauer am Wochhorn abgestürzt. Hier muß der Felsen gegen die Angriffe der See bald geschützt werden. In diesem Zwecke soll, wie dies schon beim Wochhorn mit gutem Erfolge geschehen ist, eine Schutzmauer erbaut werden. Ähnliche Maßnahmen werden in absehbarer Zeit auch nördlich vom Wochhorn bis zur Nordspitze hinaus erforderlich werden. Die Kosten der Ausführung dieser Arbeiten sollen je zur Hälfte von Preußen und dem Reiche getragen werden. Bis jetzt sind sie auf 1 363 000 Mark veranschlagt worden. Am Freitage entfallen demnach 818 000 Mark. Davon sind zur Anknüpfung der äußerst dringlichen Arbeiten für 1910 als erste Rate 250 000 Mark bereit zu stellen.“ Diese Mitteilungen im preussischen Etat stehen im schärfsten Widerspruch zu dem, was Staatssekretär von Tirpitz in der Budgetkommission gesagt hat. Der Reichstag wird auf Klarstellung zu dringen haben.

**Sozialdemokraten als Kirchenverwaltungsmitglieder** sind ganz nach dem Geheiß der Liberalen. Der „Fortschritt“ schreibt in Nr. 1 vom 22. Januar 1910:

„Der enge Zusammenhang, der zwischen den Kirchenwahlen und dem gemeinsamen Kampfe aller Parteien der Linken gegen Reaktion und geistige Anrechtung des Volkes durch hierarchische Macht besteht, zeigt sich auch die daraus notwendig werdenden Schlüsse und Taten. So war es in einem rein katholischen Industrieort bei Rastatt vor wenigen Wochen den Sozialdemokraten gelungen, bei einer kirchlichen Erlaubniswahl von 16 Mitgliedern mit großer Mehrheit zu siegen. Einen ähnlichen Fall hatte in den letzten Wochen die fast ausschließlich evangelische Gemeinde Aue bei Turland, und neuerdings wird aus der Stadt Bretten, dem Geburtsort des Reformators Melancthon, berichtet, daß dort der Wahlzettel der kirchlichen Liberalen für die Kirchengemeindeversammlung nur dadurch wege, daß die Sozialdemokraten ihre Leute zur Wahlurne brachten, um den Sieg der Orthodoxen zu verhindern. Mit Hilfe der Sozialdemokraten gelang es den Liberalen, ihre Vertrauensmänner in die kirchlichen Ämter zu bringen. Die „Berliner Morgenzeitung“ schreibt hierzu: „Am die politische und religiöse Reaktion wirksam zu begründen, ist die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen wie an den Kirchenwahlen nötig und deshalb auch dem Liberalismus willkommen.“

Auch hier zeigt der Liberalismus sein wahres Gesicht. Hinter Phrasen, wie Kampf gegen Reaktion und geistige Anrechtung des Volkes durch hierarchische Macht verhält er seinen fanatischen Haß gegen jedes positive Christentum, das ihm ein Torn in Auge ist. Auf diesem Gebiete fühlt sich der Liberalismus durchaus eins und solidarisch mit seinem Sohne Sozialismus.

**Die nationalliberale Nebe gegen die Kaffeesteuererhöhung** wird in ihrer ganzen innerlichen Unwahrscheinlichkeit darzulegen durch eine Auslassung des „Sonn. Cour.“ Nr. 28 060 vom 25. Mai 1909. In diesem Artikel wog das nationalliberale Blatt die Vorteile und Nachteile einer Zündholzsteuer durchaus nüchtern und objektiv ab und schrieb dann über die Kaffeesteuererhöhung wörtlich folgendes:

„Erhöhung des Kaffeepreises. Andauernd rückläufige Preisbildung und zunehmender Wohlstand in Deutschland bewirkten eine Zunahme des Kaffeeverbrauchs von 24 Prozent auf den Kopf. Das Pfund Rohkaffee ist bei uns mit 20 Pfennig, in Frankreich mit 50 Pfennig belastet. Trotzdem hat in Frankreich der Konsum um 10 Prozent zugenommen. Diese Erfahrung berechtigt zu dem Schlusse, daß der Zoll auf den Konsum einen viel geringeren Einfluß hat wie der sinkende Preis. Und daraus kann auch bei uns eine Zollserhöhung eintreten, ohne daß ein Konsumrückgang zu erwarten ist. Der Kaffeepreis bringt heute bereits 75 Millionen Mark; ein Anschlag von 50 Prozent würde daher unbedenklich weitere 35 Millionen bringen. Und das ist eine Summe, die selbst in dem großen Bedarfe der Finanzreform schon zu Buch schlägt.“

Mit dieser Befürwortung der Kaffeesteuererhöhung durch ein nationalliberales Blatt vergleiche man die unehrliche Nebe, die von nationalliberaler Seite anlässlich der Annahme der Zündholzsteuer und Kaffeesteuererhöhung zur Aufwiegung der Volksmassen gegen die Steuer-Mehrheitsparteien getrieben wird! Auch hier zeigt sich der Nationalliberalismus wieder als die Fraktion Dreißigste, wie Eugen Richter sie nannte.

**Die Wahregelung eines nationalliberalen Beamten.** Im preussischen Abgeordnetenhaus hat die nationalliberale Fraktion bekanntlich die Regierung wegen der Wahregelung eines nationalliberalen Beamten interpelliert, ohne daß man bisher selbst aus der nationalliberalen Parteipresse die näheren Umstände des auffälligen Vorganges hätte erfahren können. Jetzt will das „S. L.“ folgendes erfahren haben: Ein Gymnasialdirektor und einer seiner Professoren in einer Stadt in der Provinz Posen hatten sich unmittelbar nach Ablehnung der Erbschaftsteuer in nationalliberalen Sinne öffentlich betätigt. Infolgedessen wurde zunächst der Direktor vor den Regierungspräsidenten zitiert. Der Direktor aber zog es vor, zu gehen, um nicht gegangen zu werden, und ist am 1. Oktober v. J. aus seinem Amte geschieden. Der Professor ist verurteilt worden. Gleichzeitig macht die nationalliberale „Mönigsb. Allg. Zeitg.“ über die behördliche Drangsalierung nationalliberaler Beamten Mitteilungen, die Aufsehen erregen werden. Es soll eine starke Beaufsichtigung der Beamten stattfinden, so daß zum Beispiel verschiedene Beamte an den nationalliberalen Parteisekretär die Bitte gerichtet haben, sich im brieflichen Verkehr mit ihnen weiser Rat zu bedienen. Wenn die Regierung sich orientiert hat, wird sie die Interpellation beantworten. Man soll keine Schadenfreude äußern, aber nachdem die Nationalliberalen in der Stettower Angelegenheit das Wahlrecht der Beamten preisgegeben haben, dürfen sie sich nicht zu ärgern, wenn sie nun mit den selbstgebundenen Ämtern gequält werden. Die Welt ist rund und dreht sich, was heute oben ist, kann morgen unten sein. In diesen alten Tag denken die Nationalliberalen bei ihrer Tagespolitik wie.

**Tollstol über die Sozialdemokraten.** Die sozialdemokratischen Zeitungen bringen oft Zitate über den berühmten russischen Dichtersophisten Graf Leo Tolstoi, und wollen damit die Meinung erwecken, als ob Tolstoi einer der Ihrigen wäre. Doch ist nichts weniger als dies der Fall, was folgendes Zitat aus Tolstois Schriften beweist:

„Auf den ersten Blick besteht in der sozialistischen Bewegung die Selbstaufopferung, aber nur auf den ersten Blick, denn sie ist der Trost des Hasses, aber nicht die Sonne der Liebe. Das Reich des Frankrechtes, allgemeine Enttäuschung und Unzufriedenheit, allgemeine Faulheit, Hunger und Armut, das ist der Anblick auf die sozialdemokratische Zukunft.“

Es ist sehr fraglich, ob die roten Blätter auch diesen Auspruch Tolstois zitieren werden, weshalb wir dies besorgt haben.

#### Lehrzeit-ungarn.

Das ungarische Abgeordnetenhaus ist am 28. d. M. unter Annahme eines Misstrauensvotums gegen das Kabinett Mihaly-Edenbary unter großen Ständalzeichen bis zum 21. März verlagert worden. Nachdem das von Justiz beauftragte Misstrauensvotum mit den Stimmen der beiden Unabhängigkeitsparteien angenommen war, erhob sich Ministerpräsident Graf Mihaly-Edenbary und überreichte unter höchstem Earm des Hauses dem Präsidenten ein förmliches Handschreiben. Der Präsident verliest das Handschreiben, das bereits vom 20. Januar datiert war und die Verlegung anspricht. Wiederum brach seitens der Unabhängigkeitsparteien ein fürchterlicher Lärm aus. Die Regierung verläßt den Saal, begleitet von den Rufen: „Rieder mit den Trabanten! Wir werden sie nicht mehr ins Haus hineinlassen!“ Nun meldete sich der Vizepräsident der Justizpartei, Graf Batthyany, zum Wort und verlas einen Wechselauftrag, welcher folgendes besagt: „Nachdem Ungarn sich in der jetzigen Lage befindet, bedeuete die Verlegung des Abgeordnetenhauses eine Verletzung der Verfassung. Die Regierung habe einen Verfassungsbruch begangen und werde von diesem Augenblicke an als eine verfassungswidrige Regierung erklärt. Es werde dieser Regierung verboten, die Steuern einzuziehen und die Refruten auszugeben, dieser Regierung werde ferner verboten, Handelsverträge abzuschließen, namentlich, den Handelsvertrag mit Rumänien im Wege der Verordnung ins Leben treten zu lassen. Das Haus erklärt, daß alle solchen definitiv beschlossenen Verträge für nichtig erklärt werden. Dieser Wechselauftrag wird mit großer Mehrheit angenommen, worauf die Sitzung geschlossen wurde.“

#### Frankreich.

Die französischen Katholiken haben nun den letzten entscheidenden Kampf anzufechten, den Kampf um die „freien“ Schulen. Die Geschichte des Schulkampfes geht in Frankreich recht weit zurück, bis auf die große Revolution. Mit Aufhebung aller religiösen Genossenschaften im Jahre 1790 und 1792 war auch die religiöse Schule vernichtet. Einem angemessenen Einfluß auf die Schule gewann der Staat erst wieder 1821 unter Ludwig XVIII., als der Kirche die Aufsicht über die Volksschulen übertragen wurde. Den Höhepunkt der Errungenschaften der katholischen Kirche auf dem Gebiete der Schule bedeutet das Gesetz aus dem Jahre 1848, in dem der Kirche das Recht zugesprochen wurde, konfessionelle Schulen zu gründen. Erst mit 1882 unter Ferry setzte der große Schulkampf ein, doch war damals noch keine Rede von der Bekämpfung der Religion durch die Schule. Es wurden vielmehr bei der endgültigen Festlegung des Programms der Schule die Pflichten gegen Gott als obligatorischer Unterrichtsgegenstand bezeichnet. Die Katholiken hatten damals also keine Ursache zu klagen, und wenn dies geschah, so wurden sie auf ihr Recht, konfessionelle Schulen zu gründen, verwiesen. In den letzten Jahren geht nun die Blockade der französischen Kammer planmäßig gegen diese „freien“ Schulen vor. Ein schonungsloser Kampf ist gegen die „freien“ Schulen unternommen worden. Den Hauptstoß gegen die Schulen führten sie durch die Vertreibung der Kongregationen, wodurch sie die gesetzliche Möglichkeit, konfessionelle Schulen zu gründen, illusorisch machten, da die meisten Lehrer dieser „freien“ Schulen Lebensgeistliche waren und durch die Vertreibung derselben daher der Unterrichtsbetrieb unmöglich gemacht wurde. Tatsächlich mußten Tausende dieser Schulen infolge Mangels geeigneter Lehrkräfte geschlossen werden. Dadurch hat sich allerdings die französische Republik nur selbst geschadet. Die Vertreibung der Schulen erforderte seitens der Republik einen bedeutenden Geldaufwand. Während im Jahre 1870 der Staat zu den Kosten des Schulwesens nur 10 Millionen Franken beitrug, ist dieser Anteil im Jahre 1889

schon auf 152 Millionen gestiegen und hat derzeit bereits die Summe von beinahe 500 Millionen Franken erreicht. Und nun sollen auch noch die wenigen konfessionellen Schulen der Staatsaufsicht unterstellt werden, um der Kirche die letzte Möglichkeit zu benehmen, gegen den Unglauben und die Unsitzenlehren der französischen Lehrerschaft anzukämpfen.

#### England.

**Zu den Wahlen.** Nach den bis Mitternacht vorliegenden Wahlergebnissen wurden gewählt 264 Unionisten, 263 Liberale, 40 Vertreter der Arbeiterpartei und 76 Nationalisten. Die Unionisten gewannen 125, die Liberalen 19 und die Arbeiterpartei einen Sitz.

Nach amtlicher Bekanntmachung wird der König das Parlament am 21. Februar eröffnen.

#### Aus Stadt und Land.

Dresden, den 20. Januar 1910.

Auf dem Festmahle der städtischen Kollegien zu Majers Geburtstag brachte Oberbürgermeister Geh. Rat Dr. Bentler den Trinkspruch auf den Kaiser aus. Der Redner erinnerte daran, daß kaum jemals ein Jungbrunnen der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich so nötig wie in diesen Tagen war, wo die Feinde des Reiches an der Arbeit sind und wo im Innern der Kampf unter den bürgerlichen Parteien besonders tobt und sehenden Auges die Sache der Gegner des Reiches gefördert werde. Wörtlich fuhr der Redner fort:

„Selbst unter den Regierungen der Bundesstaaten sind Meinungsverschiedenheiten über eine Änderung der Verfassung zutage getreten, deren befriedigender Ausgleich noch nicht abzusehen ist, die aber, soll das Reich keinen dauernden Schaden erleiden, nicht auf dem Wege der Majorisierung, sondern nur auf dem vertragsmäßiger Verständigung beiseite gelassen werden können. Wahrlich, da tut es not, auf den alten Erbschleier der Deutschen, den köstlichen Sauf und Haber, hinzureißen und auf die schlimmen Folgen, die in vergangener Zeiten aus diesen Fehlern erwachsen sind. Es tut bitter not, daran zu erinnern, daß nur durch Überwindung des inneren Zwistes und durch treues kameradschaftliches Zusammenstehen in schwerer Gefahr und in blutigem Kampfe das Reich gegründet worden ist und daß dieses Reich, wie alles in der Welt, nur mit denselben Kräften erhalten werden wird, aus denen es emporgewachsen ist.“

Vielleicht gibt es Vertreter, die selbst diese diplomatisch und vorsichtig gewählten Worte nicht vertragen können. Sie beargüßeln nicht, wie sich Sachgen gegen Preußens Blöde offen ablehnend verhalten kann.

**Der Bund der Landwirte im Königreiche Sachsen** hält am 11. März im Saale des Zivoll zu Dresden seine diesjährige Landeshauptversammlung ab. Ansprachen haben der Vorsitzende des Bundes Freiherr v. Wangenheim und der Direktor des Bundes Dr. Dietrich Hahn übernommen. Der letztere wird über die politische Frage und die Reichsfinanzreform sprechen.

**Wetterprognose der Königl. Sächl. Landeswetterwarte zu Dresden für den 20. Januar:** Vom Köhlberg: Gute Schichtenbahn bis Wannberg, Sturm aus Süd bis West.

Vom Fichtelberg: Berg nebelfrei, R. bel in den Tälern, gute Schichtenbahn bis in die Täler hinab, klarer, anstehender Neif, großartiger Nebel, glänzender Sonnunter- und -aufgang, Abend- und Morgenrot.

Vom Greifenstein bei Ehrenfriedersdorf: Temperatur 8° C, feiner Barometerhaub, gute Nebel-, Schichten- und Elbbahn, schöne Fernsicht.

**Wetterprognose der Königl. Sächl. Landeswetterwarte zu Dresden für den 20. Januar:** Lebhaft südwestliche Winde, wolfig bis bedeckt, etwas wärmer, gemessene Niederschläge.

Se. Majestät der Königin begab sich heute früh mit mehreren Herren zur Abhaltung einer Hochwildjagd in das Spreibühner Revier und kehrte nachmittags hierher zurück. Um 7½ Uhr wird Allerhöchstderselbe das Diner beim königlichen Bauischen Geselnden Grafen von Montpelose einnehmen.

**Kathol. Hofkirche.** Sonntag den 30. Januar: Messe von Gokvinn. Graduale: Timbunt von Aiblingen. Offertorium: Perseus von Aiblingen.

Zum Feste der Kinderfreunde am 1. Februar, Dienstag abends 8 Uhr, im Gewerbehause auf der Extra-Allee erläßt der katholische Sammelverband zum letzten Male die herzliche Bitte an alle Mitglieder und Gönner, doch ja recht zahlreich zu erscheinen. Der Verband hat in der letzten Zeit große Verpflichtungen auf sich genommen im Vertrauen auf die Herzengüte aller seiner Kinderfreunde. Leider sind sonst viele Einnahmen zurückgegangen, so daß der Verband auf das Winterfest sehr angewiesen ist. Es sind große, umfassende Vorbereitungen getroffen worden, damit alle sich einmal herzlich freuen und auch den Kindern etwas mit nach Hause bringen können. Der hochwürdigste Herr Bischof wird sicher erscheinen. So kommt recht zahlreich, liebe Kinderfreunde, eingedenk des Wortes: „Was ihr einem der Geringsten getan habt, das habt ihr mir getan.“

Die Uhr des neuen Rathhauses ist nunmehr soweit fertiggestellt, daß die gewaltigen über drei Meter hohen Zifferblätter eingesetzt und die Ziffer bereits beschriftet werden konnten. Die Uhr, welche in Zukunft die Dresdner Normalzeit anzeigen soll, dürfte bereits in den nächsten Wochen in Gang gesetzt werden können.

Die Vorkünfte der Johannstädter Musikschule, Blasewitzer Straße 58, I., beginnen mit dem 9. Februar und schließen mit dem 23. März.

Die Deutsche Luftschiffahrtsgesellschaft G. m. b. H. in Dresden hat über die Fähigkeiten des in Regeln am 30. Januar und 1. Februar startenden Aviatikers Herrn Louis Gaubert in Paris Anskünfte eingeholt und erfahren, daß Herr Gaubert als erster Pilot der Societe „Ariel“ in Paris, einer der größten Fluggesellschaften Frankreichs, mit einem Jahresgehalt von 60 000 Franken und mit dreijährigem Kontrakt angestellt ist.